

Die Hoffnung vieler Menschen in Deutschland auf ein baldiges Ende des Teil-Lockdowns wird sich angesichts hoher Infektionszahlen wohl zerschlagen. Nach Abstimmungen zwischen den Ländern zeichnet sich eine Verlängerung der Schließungen in den Bereichen Gastronomie, Kultur und Freizeit um mindestens drei Wochen bis zum 20. Dezember ab. Im Gespräch waren zudem schärfere Kontaktbeschränkungen für private Treffen und womöglich eine erweiterte Maskenpflicht an Schulen.

Das ging aus Papieren der unionsgeführten Länder sowie Berlin als Vorsitzland der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) hervor. Im Verlauf des Montags wollten die Länder intern einen gemeinsamen Vorschlag über das weitere Vorgehen in der Corona-Pandemie abstimmen, ehe morgen die nächste Videokonferenz mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ansteht. Dort werden dann weitreichende Beschlüsse erwartet, die über den Dezember mit der Weihnachtszeit hinausgehen sollen.

Nach einem bereits am Sonntag bekannt gewordenen Beschlussentwurf des aktuellen MPK-Vorsitzenden, Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller (SPD), sollen zumindest die Kontaktbeschränkungen über die Weihnachtstage etwas gelockert werden – damit Familien die Festtage gemeinsam verbringen können. Generell sollen sie aber bis Mitte Januar gelten.

Vorgeschlagen wird außerdem, ab dem 20. Dezember die Anti-Corona-Maßnahmen immer um jeweils 14 Tage zu verlängern, wenn das Infektionsgeschehen nicht deutlich abnimmt. Davon ist im Papier der unionsgeführten Länder jedoch keine Rede. Die Unionsländer schlagen vor, dass Länder, die weniger als 50 Neuinfektionen pro Woche und 100 000 Einwohner verzeichnen, den Teil-Lockdown abmildern können – im Papier Berlins ist von einem Wert von 35 die Rede. Ob ein Böllerverbot zu Silvester im Kampf gegen die Pandemie helfen kann, wird zwischen den Ländern kontrovers diskutiert.

MPK-Chef Müller begründete die Verlängerung des Teil-Lockdowns mit der hohen Belastung des Gesundheitswesens in Deutschland. „Es gibt Bundesländer, in denen sich die Infektionszahlen nach unten entwickeln, in anderen Bundesländern, vor allen Dingen auch in den Großstädten, stagnieren die Zahlen nur. Und das ist etwas, was noch nicht ausreicht, um unser Gesundheitssystem zu entlasten“, sagte Berlins Regierender Bürgermeister.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) unterstrich, die Regierungschefs der Länder seien sich einig, dass jetzt keine Zeit für Lockerungen sei. „Wir plädieren daher für eine Verlängerung des Teil-Lockdowns.“ Wie Haseloff warb auch Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) dafür, dass die Kontaktbeschränkungen an den Weihnachtstagen



Das Warten geht weiter

Die Bundesländer wollen den Teil-Lockdown bis kurz vor Weihnachten verlängern – Mit diesen Plänen gehen die Ministerpräsidenten in die Gespräche mit der Kanzlerin

und zum Jahreswechsel gelockert werden. „Ich finde es richtig, dass man zu Weihnachten ermöglicht, dass wenigstens zehn Personen zusammenkommen können“, sagte sie. Zugleich müssen nach ihren Worten Lockerungen möglich sein für Gebiete, die deutlich und dauerhaft weniger als 50 Neuinfektionen binnen einer Woche pro 100 000 Einwohner haben.

Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sagte, die zweite Welle sei zwar gebrochen, das Niveau sei aber weiter zu hoch. Das Virus zwingt dazu, auf einige Freiheiten zu erhalten und zurückzugewinnen. Kanzlerin Merkel will am Donnerstag nach den Beratungen von Bund und Ländern zur Corona-Krise eine Regierungserklärung im Bundestag abgeben, kündigte Regierungssprecher Steffen Seibert an. Die Vorschläge des MPK-Vorsitzes sehen Folgendes vor:

Kontaktbeschränkungen

Die Menschen bleiben aufgerufen, jeden nicht notwendigen Kontakt zu vermeiden und möglichst zu Hause zu bleiben. Zur weiteren Vermeidung von Kontakten werden die Arbeitgeber gebeten, unbürokratisch Homeoffice zu er-

möglichen. Die für November geltenden Corona-Maßnahmen sollen bundesweit bis zum 20. Dezember verlängert werden. Bundesländer, die weniger als 35 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen und eine sinkende Tendenz dieses Wertes verzeichnen, sollen davon allerdings schon vor dem 20. Dezember abweichen können. Wird bis zum Stichtag keine bundesweit signifikant sinkende Tendenz erreicht, sollen die Maßnahmen für jeweils 14 Tage verlängert werden, bis dieses Ziel erreicht ist. Die Position der Unionsländer weicht ab: Sie wollen den Ländern bereits bei weniger als 50 Neuinfektionen pro Woche und 100 000 Einwohnern Lockerungen ermöglichen. Über eine Fortsetzung der Schließungen soll demnach am 15. Dezember beraten werden.

Private Zusammenkünfte

Bis zum 17. Januar sieht der Berliner Vorschlag weitere erhebliche Kontaktbeschränkungen vor, um die Infektionen mittelfristig zu reduzieren. So sollen private Zusammenkünfte mit Verwandten und Bekannten auf den eigenen und einen weiteren Haushalt, jedoch in jedem Fall auf maximal fünf Personen beschränkt werden.

Kinder bis 14 Jahre sollen von dieser Regel ausgenommen werden.

Weihnachten

Bei den Vorschlägen für die Weihnachtstage gab es in dem Entwurf eckige Klammern, über deren Inhalt noch beraten werden muss. So sollen nach den Vorstellungen des MPK-Vorsitzes die Obergrenzen für Zusammenkünfte in Gebäuden und im Freien vom 21. bis zum 27. Dezember – also über die Weihnachtstage – erweitert werden auf einen Haushalt mit haushaltsfremden Familienmitgliedern oder haushaltsfremden Personen bis maximal fünf Personen. Alternativ gibt es die Überlegung, diesen Zeitraum vom 21. Dezember bis zum 3. Januar auszudehnen und die Beschränkung auf maximal zehn Personen festzulegen. Kinder bis 14 Jahre sollen jeweils ausgenommen werden. Wo immer möglich soll man sich vor und nach den Feiertagen in eine möglichst mehrtägige häusliche Selbstquarantäne begeben. Diese Regel ist aber nur als Appell formuliert.

Schulen

Schüler ab der siebten Klasse sollen auch im Unterricht Maske tragen. Gelten soll das für Schüler und Berufsschüler in Regionen mit

deutlich mehr als 50 Neuanstellungen pro 100 000 Einwohnern innerhalb von sieben Tagen – was derzeit vielerorts der Fall ist. Schulen ohne Corona-Fälle können davon ausgenommen werden. Die Unionsländer wollen eine Maskenpflicht für alle Schüler auch im Unterricht.

Für die Schulen wird seitens des MPK-Vorsitzes eine Teststrategie vorgeschlagen: Tritt in einer Klasse ein Corona-Fall auf, soll diese Klasse zusammen mit den betroffenen Lehrkräften für fünf Tage in Quarantäne. Am fünften Tag soll es für alle einen Schnelltest geben. Fällt der negativ aus, kann die Klasse wieder an die Schule. Der Bund sollte zusätzliche Kapazitäten von Antigentests zur Verfügung stellen.

Die Ausgestaltung weiterer Maßnahmen wie etwa Wechselunterricht wird den Ländern überlassen. Schülerfahrten und internationaler Austausch sollen unter sagt bleiben. Es wird empfohlen, den Unterrichtsbeginn zu staffeln, um den Schulverkehr zu entzerren.

Silvester

Verkauf, Kauf und Zünden von Feuerwerk soll nach dem Müller-Papier verboten werden. Damit sollen Einsatz- und Hilfskräfte entlastet und die Kapazitäten des Ge-

sundheitssystems frei gehalten werden. Die Unionsländer wollen nur Feuerwerk auf belebten Plätzen verbieten und ansonsten einen Verzicht lediglich empfehlen.

Mund-Nase-Bedeckung

Für öffentliche Verkehrsmittel sowie in geschlossenen Räumen, die öffentlich oder im Rahmen eines Besuchs- oder Kundenverkehrs zugänglich sind, soll es eine Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung geben. Auch an Orten unter freiem Himmel, an denen sich Menschen auf engem Raum aufhalten, soll demnach das Tragen einer solchen Bedeckung vorgeschrieben werden. Jene Orte sollen von den zuständigen Behörden festgelegt werden. Auch in Arbeits- und Betriebsstätten soll eine Maske getragen werden. Am jeweiligen Arbeitsplatz soll das nicht gelten, wenn ein Abstand von 1,5 Metern zu einer weiteren Person eingehalten werden kann.

Hochschulen und Universitäten

Sie sollen grundsätzlich auf digitale Lehre umstellen. Ausnahmen soll es nur für Laborarbeiten, Praktika und Prüfungen geben.

Gottesdienste

Bund und Länder sollen das Gespräch mit den Religionsgemeinschaften suchen, um möglichst Vereinbarungen für Gottesdienste und andere religiöse Zusammenkünfte zu treffen. Auch hier wieder das Ziel: Kontakte reduzieren. Religiöse Zusammenkünfte mit dem Charakter von Großveranstaltungen sollen vermieden werden.

Wirtschaft, Reisebranche, Kultur und Soloselbstständige

Auch die staatlichen Hilfen für betroffene Betriebe sollen bis zum 20. Dezember verlängert werden. Die Ausgaben für diese Unterstützung im November werden auf 15 Milliarden Euro beziffert. Vorgeschlagen wird auch, Hilfsmaßnahmen für Branchen, die absehbar in den nächsten Monaten weiterhin „erhebliche Einschränkungen“ hinnehmen müssten, bis Mitte 2021 zu verlängern. Genannt werden die Kultur- und Veranstaltungswirtschaft, Soloselbstständige und die Reisebranche.

Reiserückkehrer

Der Entwurf schlägt außerdem vor, dass die häusliche Quarantäne bei Reiserückkehrern und Kontaktpersonen einheitlich auf zehn Tage im Regelfall festgelegt werden soll – gerechnet ab dem Tag der Einreise beziehungsweise dem letzten Tag des Kontaktes.

Gesetzliche Krankenversicherung

Die Bundesländer wollen den Bund nach dem Entwurf bitten, wie eine steuerfinanzierte Stabilisierung der Krankenkassenbeiträge aussehen könnte, damit die durch die Pandemie im Gesundheitswesen verursachten Kosten nicht einseitig durch die gesetzlich Versicherten abgedeckt werden müssen. Als Möglichkeit wird in dem Papier der Bundesländer ein Solidaritätszuschlag genannt.

Explodierende Corona-Zahlen lassen Schweizer kalt

Während immer mehr Eidgenossen an Covid-19 erkranken, herrscht überall reges Treiben – Das hat fatale Folgen

Die Corona-Lage in der Schweiz ist dramatisch. Pro 100 000 Einwohner gab es zuletzt innerhalb von sieben Tagen 351 Infektionen, in Deutschland weniger als 140. Seit Beginn der Pandemie sind pro 100 000 Einwohner in der Schweiz 41 Menschen gestorben, in Deutschland 16. Das sind Spitzenwerte im europäischen Vergleich – und dennoch geben sich Politik, Behörden und die Gesellschaft entspannt.

Am Montag meldete das Bundesamt für Gesundheit 9751 neue Infektionen innerhalb von drei Tagen. Vergleiche sind schwierig, zumal an Wochenenden oft weniger getestet wird. Bei aller Vorsicht und unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße war das aber etwa doppelt so viel wie in Deutschland. Ebenfalls gemessen

an der Bevölkerungsgröße starben in den drei Tagen in der Schweiz viermal so viele Menschen im Zusammenhang mit dem Virus wie in Deutschland.

Vielerorts sind Bars, Restaurants und Kinos geöffnet, auf Märkten herrscht reges Treiben, in Kasinos wird gezockt, in Fitnesscentern geschwitzt, und Bordelle sind auch geöffnet. Die Bundesregierung hob die Höchstzahl von 1000 Zuschauern bei Großveranstaltungen am 1. Oktober auf. Einkaufszentren landauf, landab haben mit dem Weihnachtsgeschäft begonnen, in einem Fall mit einem Gewinnspiel, bei dem sich Hunderte dicht gedrängt auf ein paar Lose stürzten.

„Die Schweiz stellt Sparsamkeit über das Leben“, titelte die US-Zeitschrift „Foreign Policy“ gerade. Der Autor Joseph de Weck, ein

Schweizer Historiker, ist empört über einen Satz von Finanzminister Ueli Maurer, der meinte, die Schweiz könne sich keinen zweiten Lockdown leisten. „Er zeigt, dass es für die Schweiz vollkommen in Ordnung ist, eine Debatte über eine vermeintliche Güterabwägung zwischen Gesundheit und Geld zu führen.“ Maurer steht dazu. Im Video-interview auf der Internetseite seiner Partei, der rechten SVP, sagte er am 10. November, Wissenschaftler sähen nur die Gesundheit, aber man müsse schließlich auch Geld verdienen. Eigentlich müssten die Kantone handeln. Föderalismus ist eine hei-

lige Kuh in der Schweiz. Die Kantone verteidigen ihre Hoheiten mit Zähnen und Klauen. Nur zu Beginn der Corona-Pandemie hielten sie sich zurück. Im Frühjahr übernahm kurz die Bundesregierung das Zepter und schloss für vier Wochen alle Geschäfte, Clubs und Restaurants. Doch nach der ersten Entspannung löste sich der Krisenstab im Juni auf und überließ die Verantwortung wieder den Kantonen. Mit fatalen Folgen. Im Oktober sind die Infektionszahlen explodiert – trotz wochenlanger Mahnungen der Wissenschaftler. Dutzende Ökonomen schrieben Anfang November einen offenen

